

Baden-Württemberg - das Kinderland.

Günther H. Oettinger: „Kinder sind unsere Zukunft“

„Kinder sind unsere Zukunft“

Wir alle wissen: Kinder sind die Summe der Möglichkeiten einer Gesellschaft. Sie sind der Inbegriff von Zukunft [...]. Mit seinen vergleichsweise günstigen demographischen Eckdaten und seiner ungebrochenen Attraktivität für junge Menschen, die zu uns kommen wollen, ist Baden-Württemberg auf einem guten Weg, zum „Kinderland Nummer eins“ in Deutschland zu werden.“

Regierungserklärung von Ministerpräsident Günther H. Oettinger
Kinderland Baden-Württemberg - Eckpunkte für eine integrierte Bildungs- und Familienpolitik
am 9. November 2005 im Landtag von Baden-Württemberg

Kinderland Baden-Württemberg: Unsere Philosophie

Der Begriff **„Kinderland“** erschöpft sich für uns nicht in dem Ziel, eine „kinderfreundliche Gesellschaft“ zu sein.

Unser Modell „Kinderland“ steht für:

- Ein **neues Verständnis** von Kindheit, Jugend, Familie und generationenübergreifendem Zusammenleben.
- Eine Politik, die sich an Kindern und Jugendlichen, ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten orientiert und in der **verschiedene Politikfelder miteinander verschmelzen**: Familien- und Bildungspolitik, Betreuung und Jugendarbeit, Demographie und Sozialpolitik, Umweltpolitik und Generationengerechtigkeit.
- **Ein Land, das Kindern und Jugendlichen den Raum und die Unterstützung gibt**, die sie für eine gute Entwicklung und einen erfolgreichen Start ins Leben brauchen.
- Eine **Politik, die Kinder und Jugendliche ernst nimmt**, mit ihren Stärken und Schwächen, ihrer Phantasie und ihren Grenzen.

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit eine tatsächliche Wahlfreiheit für Eltern und Familien gewährleistet wird. Nur so können die Eltern frei entscheiden, ob sie ihre Kinder zu Hause und selbst erziehen wollen, oder ob sie Betreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen wollen. Beide Wege sind für die CDU gleichberechtigte Wege.

Ein Land, das sich als „Kinderland“ versteht, nimmt sich selbst in die Pflicht. „Kinderland“ ist nicht einfach eine große bunte Spielwiese. Hier geht es auch um **Gerechtigkeit und Verantwortung: zwischen Alten und Jungen, zwischen Starken und Schwachen, zwischen Kinderlosen und Eltern.**

Wir wollen, dass Baden-Württemberg **das Land wird, in dem sich Kinder und Familien am wohlsten fühlen** und wir wollen, dass Kinder und Familien in der Politik und Gesellschaft wieder einen höheren Stellenwert bekommen.

Warum brauchen wir eine aktive Politik für Familien und Kinder?

- **Demographischer Wandel:** Die Bevölkerungsprognose zeigt deutlich: Baden-Württemberg hat für das Jahr 2050 (gegenüber 2000) einen Rückgang der Einwohnerzahl von 3,4 %, Deutschland insgesamt von 8,6 % zu erwarten. Baden-Württemberg und Deutschland brauchen mehr Kinder. Deshalb müssen wir alles tun, um künftigen Eltern die Entscheidung für Kinder so leicht wie möglich zu machen.
- **Kinderbetreuung durch Großeltern wird immer seltener:** Im Jahr 2005 wohnten in nur 1 % der 39,2 Millionen Haushalte Eltern mit Kindern, deren Großeltern sowie in seltenen Fällen deren Urgroßeltern zusammen. Waren es früher die Großeltern, die die Kinderbetreuung mit übernahmen, so sind viele Eltern heute auf anderweitige Betreuungsangebote mehr denn je angewiesen.

- **Das Land der Patente braucht weibliche Talente:** Baden-Württemberg ist das Land mit den höchsten Patentanmeldungen. Zur Erhaltung unserer Innovationskraft kann auf die Talente gut ausgebildeter Frauen nicht verzichtet werden: Schließlich stellen Frauen beim Abitur mit 56,7 % die Mehrheit. Waren 1983 noch 38,1 % der Studierenden weiblich, so waren es im Jahr 2004 bereits 46,7 %. Diese Frauen haben einen Anspruch darauf, dass ihre Entscheidung für Kinder nicht das Aus für ihre berufliche Tätigkeit bedeuten muss. Bereits heute bleiben fast ein Drittel der Akademikerinnen im Westen kinderlos. Im Osten sind es mit lediglich 12 % deutlich weniger Hochschulabsolventinnen, die keine Kinder bekommen. Das hängt nicht zuletzt mit der besseren Kinderbetreuungssituation im Osten zusammen.
- **Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und des demografischen Wandels:** Die Bevölkerungspyramide kehrt sich langfristig um. Immer weniger Junge müssen für immer mehr ältere Menschen aufkommen. Diese Entwicklung zeigt, dass wir es arbeitswilligen Frauen ermöglichen müssen, Familie und Beruf zu vereinbaren, denn zusätzlich zu dem Know-how-Verlust müssten anderenfalls auch starke Einbußen bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Kauf genommen werden.
- **Hoher Anteil von Einpersonenhaushalten und alternativen Familienformen:** In Baden-Württemberg sind 36,2 % der Privathaushalte Einpersonenhaushalte. Im Vergleich zu vergangenen Jahrzehnten müssen immer mehr allein erziehende Väter und Mütter Kind und Erwerbstätigkeit vereinbaren. Sie brauchen mehr als andere Eltern, die gemeinsam ihr Kind erziehen, Möglichkeiten für eine Ganztagesbetreuung. Unter den bundesweit 12,6 Millionen Familien stellen alternative Familien (Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern) rund ein Viertel (26 %) der Familien. Innerhalb von 10 Jahren stieg der Anteil alternativer Familien um 23 %.
- **Deutschland zählt zu den Schlusslichtern Westeuropas:** Untersuchungen belegen: Nicht der Wohlstand eines Landes ist für seine Geburtenrate ausschlaggebend, sondern die politischen Rahmenbedingungen. Dies erklärt, warum sich Deutschland im westeuropäischen Vergleich unter den vier Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate befindet. Nur wenn Gesellschaft und Politik gemeinsam eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben und in der Kinderbetreuung gewährleisten können, lassen sich Kinderwünsche und berufliche Ansprüche von Frauen und Männern vereinbaren.

Warum wird frühkindliche Bildung immer wichtiger?

„Einen jungen Menschen unterrichten heißt nicht, einen Eimer füllen, sondern ein Feuer entzünden.“

Aristoteles, 384 - 322 v. Chr.

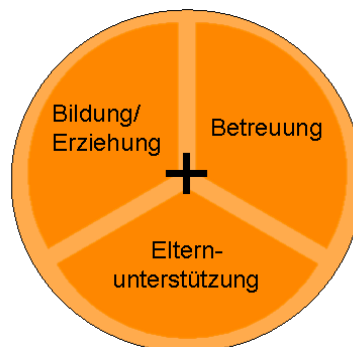
- **„Auf den Anfang kommt es an!“:** Modernste entwicklungspsychologische Erkenntnisse belegen, dass die Unterschiede von Kindern in verschiedenen Bereichen, die sich im Alter von drei bis vier Jahren gezeigt haben, im Alter von 23 Jahren immer noch bestehen. Dies gilt sowohl für intellektuelle Fähigkeiten, als auch für Verhaltensauffälligkeiten, Moralverständnis und feinmotorische Fähigkeiten. Wir müssen die frühe Phase des Lebens sehr viel ernster nehmen. Die Jahre vor der Schule sind die prägenden für die Entwicklung eines Menschen. Hier müssen wir Defizite erkennen, hier muss Förderung einsetzen. Je früher Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft an Bildung und Erziehung teilhaben können, desto mehr Chancengerechtigkeit wird es in unserem Land geben.
- **Frühkindliche Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.** Sie stellt höchste Ansprüche an die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie an die Qualität des Bildungsangebots. Mit dem Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder konkretisiert die Landesregierung den Bildungsauftrag des Kindergartens und stärkt damit die frühkindliche Bildung und Erziehung in Familie und Kindergarten. Ein gesondert zur Verfügung gestelltes Budget deckt die Aufwendungen für die Qualifizierung der Erzieherinnen und Lehrkräfte im Umfang von bis zu 20 Millionen Euro ab.

Warum brauchen wir mehr Elternbildung

- **Das Leiden von (Klein-)Kindern an Leib und Seele infolge von Vernachlässigung oder Gewalteinwirkung durch überforderte Eltern nimmt stetig zu.** Schätzungen gehen von mehreren 10.000 verwaorlosten Kindern in Deutschland aus. Der Jugendhilfebedarf und die Jugendhilfekosten steigen seit Jahren trotz sinkender Geburtenzahlen an. Die Zahl der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern steigt und auch die Scheidungsraten nehmen kontinuierlich zu. Seit Jahren gibt es eine anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit, von der überproportional Hauptschulabgänger und damit Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen sind; etwa 20 % der Hauptschulabgänger sollen nur eingeschränkt ausbildungsfähig sein.
- Wir brauchen ein niedrigschwelliges, gegebenenfalls auch **aufsuchendes Angebot zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern**. Es sind Strategien notwendig, die auch Eltern erreichen, die auf Kurse in Bildungsstätten, schriftliche Informationen oder das Angebot von Erziehungsberatung nicht ansprechen. Vernachlässigte oder inkonsequent erzogene Kinder aus überlasteten Familien können zudem im Kindergarten, in der Schule sowie der Freizeit Verhaltensweisen entwickeln, die sich negativ auf den Einzelerfolg bei anderen Kindern auswirken.
- **Der Schwerpunkt muss auf der Prävention und der Früherkennung liegen:** Risikofamilien benötigen besondere Aufmerksamkeit. Die Früherkennung von Entwicklungssträngen wird durch die verstärkte Kooperation von Gesundheitswesen sowie Kinder- und Jugendhilfe verbessert. Der Zugang zu Beratungs- und Hilfsangeboten wird erleichtert. Im Ernstfall muss der Staat auch selbst aktiv werden: Sofern sich Eltern einer Zusammenarbeit mit den Bildungs- und Erziehungseinrichtungen beständig entziehen und z.B. Gesprächswünschen der Schule nicht nachkommen, wird die Schule das Jugendamt unterrichten, das dann geeignete Maßnahmen ergreifen kann.

Kinderland Baden-Württemberg: Was tut die Landesregierung?

Die Maßnahmen der Landesregierung für das Kinderland Baden-Württemberg lassen sich durch drei Dimensionen beschreiben:



Das konkrete Maßnahmenbündel der Landesregierung umfasst

Betreuung	Bildung / Erziehung	Elternunterstützung
Ausbau der Kinderbetreuung (insb. für unter 3-jährige)	Projekt Schulreifes Kind	Fortführung des Landeserziehungsgeldes
Stärkung der Betreuung durch Tagesmütter	Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung	Unterstützung einkommensschwacher Eltern und Familien mit Mehrlingsgeburten
Bedarfsgerechtes Angebot an Kindergartenplätzen	Besondere Förderangebote für benachteiligte Kinder- und Jugendliche	Stärkung der Familien- und Elternbildung
Bedarfsgerechter Ausbau an Ganztageschulen	Wettbewerbsfähiges Hochschulsystem	Neuausrichtung des Landeswohnraumförderprogramms auf die Unterstützung junger Paare und Familien
Einsatz ehrenamtlicher Jugendbegleiter	Einsetzung einer Kinderbeauftragten der Landesregierung und eines Beraterkreises Kinderland	
Fördermaßnahmen der „Stiftung Kinderland Baden-Württemberg“		

Kinderland Baden-Württemberg: Unsere Erfolge

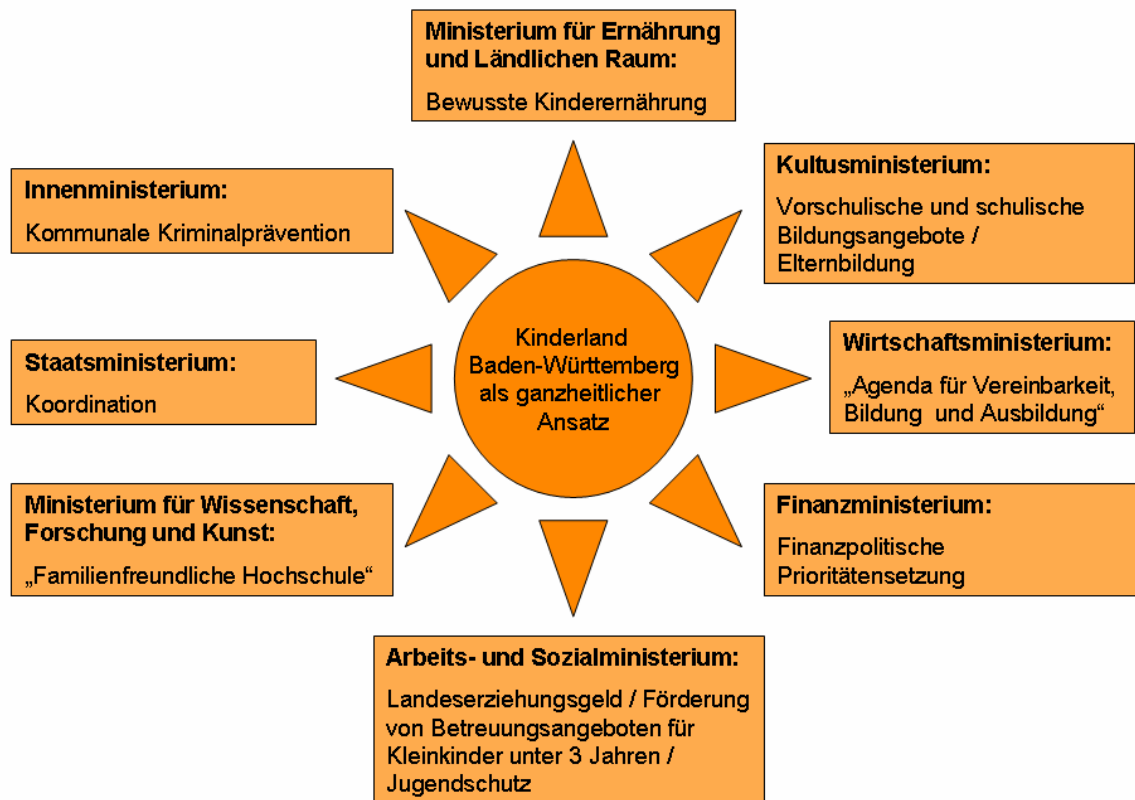
- **Wachsender Einsatz von Landesmitteln** für die Kleinkindbetreuung: Obwohl es sich um eine kommunale Aufgabe handelt, beteiligt sich das Land mit durchschnittlich 10 % an den Betriebskosten der Kinderkrippen und am Ausbau der Strukturen in der Kindertagespflege. 2006 wurden die Landesmittel um 2,7 Millionen auf 11,35 Millionen Euro aufgestockt, im Jahr 2007 um gut 4 Millionen auf 15,4 Millionen Euro und 2008 auf 18,8 Millionen Euro.
- **Stärkung der Betreuung durch Tagesmütter:** Es ist uns gelungen, die Zahl der Betreuungsplätze in Tagespflege für Kinder unter 3 Jahren in den letzten 3 Jahren um rd. 60 % auf nunmehr rd. 8.100 Plätze zu steigern. Der dynamische Ausbau des Angebots soll sich auch künftig fortsetzen. Unterstützt wird dies durch verstärkte finanzielle Förderleistungen des Landes. So wurde der jährliche Zuschuss des Landes an den Landesverband der Tagesmüttervereine ab 2007 um 100.000 Euro auf nunmehr 175.000 Euro aufgestockt. Darüber hinaus wird die Förderung der Strukturen in der Tagespflege ab dem Jahr 2008 so umgestellt, dass die Förderung im Ganzen höher und darüber hinaus auch stärker am Bedarf orientiert wird.
- **Bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren:** Von 9 % Versorgungsquote im Jahr 2007 ausgehend wollen wir gemeinsam mit den Kommunen sowie den kirchlichen und freien Trägern auf dem Weg zu einer bedarfsgerechten Versorgung Ende des Jahres 2010 eine durchschnittliche Versorgungsquote von 20 % erreichen. Dabei wird es im Land regionale Unterschiede geben: In ländlichen Gebieten sind es vielleicht nur 15 %, in den Großstädten mag der Bedarf z. T. sogar über 35 % liegen. Auch nach 2010 werden wir den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinkinder fortsetzen. Baden-Württemberg wird damit rechtzeitig die Voraussetzungen für die Umsetzung des von der Bundesregierung ab 2013 geplanten Rechtsanspruchs schaffen.
- **Einführung einer Sprachstandsdiagnose:** Die frühzeitige Erkennung von Sprachdefiziten ist entscheidend für rechtzeitige, gezielte Fördermaßnahmen. Eine Sprachstandsdiagnose im 5. Lebensjahr soll deshalb verbindlicher Bestandteil der neu konzipierten Einschulungsuntersuchung werden.

- **Besondere Förderangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche:** Damit Kinder möglichst gleiche Startvoraussetzungen für den Schulanfang erhalten, will Baden-Württemberg mit dem Projekt „Schulreifes Kind“ Entwicklungsverzögerungen möglichst frühzeitig erkennen, um gezielte Fördermaßnahmen ergreifen zu können. Auf der Grundlage des Orientierungsplans für Kindergärten wird festgestellt, ob ein Förderbedarf besteht. Sollte dies bejaht werden, werden den Eltern Förderangebote gemacht, die Sprachförderung, Schulung der Feinmotorik oder auch Übungen zur Förderung der Konzentrationsfähigkeit umfassen können.
- **Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung:** Das im Jahre 2004 auf 3 Jahre zwischen Landesregierung, Wirtschaftsverbänden und Arbeitsagentur geschlossene „Ausbildungsbündnis“ hat sich zum Ziel gesetzt, dem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen im Land ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Die Zielsetzungen des Bündnisses wurden erreicht; das Bündnis war erfolgreich. Es soll zur Jahresmitte 2007 erneuert und um die Aspekte „Qualifikation und Integration benachteiligter Jugendlicher“ erweitert werden.
- **Wettbewerbsfähiges Hochschulsystem:** Baden-Württemberg verfügt mit 9 staatlichen Universitäten, 6 Pädagogischen Hochschulen, 23 Fachhochschulen, 8 Kunst- und Musikhochschulen und 8 Berufsakademien sowie zahlreichen privaten Hochschulen über die dichteste und vielfältigste Hochschullandschaft in Deutschland. Seit Jahren wird in überregionalen Leistungsvergleichen und Rankings attestiert: Unsere Hochschulen sind deutschlandweit an der Spitze, gerade auch in den praxisbezogenen Studiengängen. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des doppelten Abiturjahrgangs wird die Zahl der Studienbewerber in den nächsten Jahren stark ansteigen. Als erstes Land hat Baden-Württemberg eine Ausbauplanung „Hochschule 2012“ beschlossen. Bis 2012 werden 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze - orientiert am Bedarf der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts - geschaffen.
- **Neukonzeption des Landeswohnraumförderprogramms:** Die landesweite Förderung wurde beispielsweise an den Bedürfnissen junger Familien ausgerichtet. Auch nachträglich hinzukommende Kinder werden im Förderprogramm berücksichtigt. Ferner wird die Subventionshöhe entlang unterschiedlichen regionalen Preisniveaus differenziert. Das parallele Förderprogramm der L-Bank orientiert sich ebenfalls am Leitbild des Kinderlands Baden-Württemberg, indem es den Neubau von Mietwohnungen für Familien mit Kindern fördert.

- **Baden-Württemberg-Ticket der Deutschen Bahn:** Auch das Angebot der Bahn soll noch mehr auf die Zielgruppe Familie ausgerichtet werden. Damit eng verbunden ist der Ausbau des Angebots an Familienrestaurants und Familienhotels.
- **Bildungsgutscheine für Eltern:** Ab 2008 wird die Landesregierung zur Stärkung der Elternkompetenz Bildungsgutscheine verteilen.
- **Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“:** Mit diesem Projekt soll die Beziehungs- und Erziehungskompetenz von Eltern mit dem Ziel gestärkt werden, der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern effektiv entgegen zu wirken. Außer Baden-Württemberg, das die Initiative angestoßen hat, nehmen Bayern, Rheinland-Pfalz und Thüringen teil. Ein Schwerpunkt des Modells liegt darin, interdisziplinärere Kooperationsformen und Vernetzungsstrukturen für die verschiedenen Hilfeangebote zu stärken und weiter zu entwickeln.
- **„Lokale Zukunftswerkstätten“:** Seit 2005 in 13 Städten und Gemeinden mit großem Erfolg durchgeführt. In ihnen entwickeln Bürger zusammen mit Vertretern von Kommunen, Kirchen, Verbänden und Vereinen gemeinsame Zielvorstellungen für eine kinder- und familienfreundliche Kommune.
- **Projekt „Schritt für Schritt ins Kinderland“:** Gemeinsam mit den Kommunen den Kinderlandgedanken landesweit vorantreiben. Das Projekt besteht aus drei Bausteinen: Regionale Konferenzen für familienfreundliche Kommunalentwicklung, nachhaltige Zukunftswerkstätten und Bilanzworkshops zu den bereits durchgeführten Zukunftswerkstätten.
- **Erfolgsmodell „Jugendbegleiter“:** Die Zahl der teilnehmenden Ganztagschulen am Jugendbegleiter-Programm ist im zweiten Modelljahr auf 520 gestiegen und hat sich damit im Vergleich zum ersten Modelljahr verdoppelt. Aktuell hat die Landesregierung die Zuschüsse für Schulen mit 40 und mehr Jugendbegleiter-Stunden pro Woche erhöht. Ziel ist es nun, den Anteil der Jugendbegleiter aus der Wirtschaft auszubauen, denn ökonomisches Praxiswissen erhöht die Berufschancen auf dem Arbeitsmarkt.

- **Landesprogramm zum Ausbau der Ganztageschulen ist jetzt angelaufen:** 2006 werden 176 Anträge mit einem Volumen von 49,1 Millionen Euro berücksichtigt. In den kommenden neun Jahren werden Land und Kommunen eine Milliarde Euro in den Ausbau der Ganztageschulen investieren. Für den Ausbau der Ganztageschulen werden in den kommenden Jahren 1840 Lehrerdeputate eingesetzt werden.
- **Landeserziehungsgeld:** Das Landeserziehungsgeld ist ein starkes Markenzeichen aktiver Familienpolitik der CDU und wird fortgeführt. Im Rahmen der Landeserziehungsoffensive wird das Landeserziehungsgeld - neben Stärkung der Elternkompetenz und der Ausbau der Kinderbetreuung - weiterhin ein wichtiger finanzieller Beitrag für Familien in unteren Einkommensschichten sein. Baden-Württemberg hat 1986 als erstes Bundesland eine solche Leistung eingeführt. Derzeit gibt es ein Landeserziehungsgeld sonst nur noch in Bayern, Sachsen und Thüringen.

Ein ganzheitlicher Ansatz: Viele Ressorts ziehen an einem Strang!



- Dem **Ministerium für Arbeit und Soziales** kommt bei der Gestaltung einer positiven Lebenswelt für junge Menschen und ihre Familien eine tragende Rolle zu. Es bemüht sich insbesondere um den Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinkinder und gewährt finanzielle Hilfen. Darüber hinaus fallen die Kinder- und Jugendhilfe, wichtige Bereiche der offenen und verbandlichen Jugendarbeit sowie der Jugendschutz. In den Aufgabenbereich des Ministeriums. Als Kinderbeauftragte der Landesregierung gibt Frau Ministerin Dr. Stolz wichtige Anstöße für konkrete Maßnahmen und Aktionen zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit.
- Das **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst** trägt durch die Zertifizierung zur „Familienfreundlichen Hochschule“ dazu bei, die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Studium und Kind weiter zu verbessern.

- Kinder sollen gesund, gewaltfrei und geschützt vor Gefahren aufwachsen. Im **Innenministerium** sind seit 2000 zur Reduzierung von Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen 35 Projekte zur Kommunalen Kriminalprävention durchgeführt worden.
- Das **Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum** informiert durch die Landesinitiative BeKi über Möglichkeiten zur bewussten Kinderernährung.
- Kinder brauchen - unabhängig von ihrer Herkunft - faire, gleiche und gemeinsame Bildungschancen ohne soziale Ausgrenzung. Deshalb setzt sich das **Kultusministerium** dafür ein, dass durch vorschulische und schulische Bildungsangebote allen Kindern die gleichen Startchancen eröffnet werden.
- Im Rahmen der zwischen dem **Sozial-, dem Wirtschafts- und dem Kultusministerium** einerseits und dem Baden-Württembergischen Arbeitgeberverband andererseits beschlossenen „Agenda für Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung“ werden u. a. familienfreundliche Betriebe vorgestellt und ein Wettbewerb „Gleiche Chancen für Männer und Frauen im Betrieb“ ausgeschrieben.